76. Jahrgang. № 548 Sonntag, 22. November 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Lübeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 30. 11. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Mona. November 3 Mark. Einzelnummer 15 Pfg.

Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 1spalt. 30 mm hr. Zeile 30 ₰, i. ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰ aufschl., 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Eiserne Sparöfen
für jedes Brennmaterial geeignet, in reicher Auswahl zu billigsten Preisen
Bewährte Fabrikate
Dauerbrandöfen, amerikan. System
für Anthracit Beste Qualitäten
Florian Czockerts Nachf. Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstr. 9/15. Tel. 25401

Damentaschen, Besuchstaschen, Party-Cases
Neueste Modelle vom einfachen bis zum elegantesten.
Adolf Näter
Pragerstr. 26
Erstes Lederwaren Spezialgeschäft.

Ernst Rosenkranz, Dresden-A. 4 Nicolaistr. 4
Flügel- und Pianofortefabrik
1797 in Dresden gegründet / Älteste sächs. Pianofortefabrik / Seit 128 Jahren in Dresden Weltberühmtes vorzügl. Qualitätsfabrikat

Der Reichsrat für die Locarno-Vorlagen.

Stimmenthaltung Bayerns, Württembergs und Hessens. — Vier Stimmen dagegen.

Knappe Mehrheit für das Finanzprogramm Painlevés. — Die große Koalition in Baden gescheitert. — Englischer Vorstoß gegen die U-Boote.

Die Sitzung des Reichsrates.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 21. Nov. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates traten heute vormittag zu einer Sitzung zusammen zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. An den Besprechungen, die vertraulich sind, nahm der Reichsaußenminister Dr. Stresemann teil. Im Anschluß hieran findet eine Vollsitzung des Reichsrates mit der gleichen Tagesordnung statt.

Der Reichsrat stimmte der Regierungsvorlage über die Ermächtigung zu den Locarno-Verträgen und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit 46 gegen vier Stimmen bei drei Stimmenthaltungen in erster und zweiter Lesung zu. Enthalten haben sich Hessen-Nassau, Bayern und Württemberg, gegen die Vorlage stimmten Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und Mecklenburg-Schwerin.

•

Zu den **Reichsratsverhandlungen** wird im einzelnen folgendes mitgeteilt:

Der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin erklärte namens seiner Regierung, daß sie nicht in der Lage sei, der Vorlage zuzustimmen. Die Abstimmung über die beiden Artikel der Vorlage war getrennt.

Art. 1 (Ermächtigung zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages) wurde mit 56 gegen 4 Stimmen angenommen, dagegen stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und Mecklenburg-Schwerin. Der Stimme enthielten sich die Vertreter von Hessen-Nassau und Württemberg.

Art. 2 (Eintritt Deutschlands in den Völkerbund) wurde mit 43 gegen 14 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Der Stimme enthielten sich Württemberg und Hessen-Nassau. **In der Gesamtabstimmung wurde die ganze Vorlage mit 46 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.** Der Vertreter der Provinz Brandenburg war nicht anwesend.

Der Wortlaut des Gesetzentwurfs

ist folgender:

Art. 1 Dem Vertrag, dem die am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Schlußprotokolle beigefügt sind, die am 1. Dezember in London unterzeichnet werden sollen, nämlich

1. dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien,
2. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien,
3. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich,
4. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen,
5. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei wird zugestimmt.

Art. 2. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun.

Art. 3. Dieses Gesetz tritt an dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft.

Kanzlerrede am Montag.

Das Locarno-Programm des Reichstages.

Berlin, 21. Nov. Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute zur Beratung der Geschäftslage zusammen. Er beschloß, daß am Montag, um 11 Uhr vormittags, die große politische Aussprache über die Regierungsvorlage bezüglich des Vertrags von Locarno und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund beginnen soll. Die Verhandlungen werden durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Luther eingeleitet werden. Nach der Rede des Reichskanzlers wird sich das Plenum auf Dienstag vertagen. Am Montag wird aber der Auswärtige Ausschuß des Reichstages noch zusammentreten, um über die Entwaffnungsfrage zu beraten. Die Vollsitzung des Reichstages am Dienstag, die die Reden der Parteiführer bringen wird, soll schon um 10 Uhr vormittags beginnen. Die Debatte soll spätestens am Mittwoch zu Ende geführt werden.

Von seiten der Deutschnationalen wird in erster Linie Graf Westarp und dann Staatsminister Wallraf, der frühere Reichstagspräsident, für die große Locarno-Aussprache als Redner in Aussicht genommen werden. **Die deutschnationale Fraktion hat gestern noch einmütig beschlossen, alle parlamentarischen Mittel, auch das von Mißtrauensvoten, anzuwenden, um das Werk von Locarno zu Fall zu bringen.**

Die 2. und 3. Lesung der Vorlage soll in der Zeit von Donnerstag bis Sonnabend erfolgen, so daß die deutsche Delegation **am Sonnabend abend nach London abreisen könnte.**

Der Aeltestenrat beschäftigte sich dann noch mit dem kommunistischen Antrag auf Wiederzulassung der während der Rolldebatte ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten. Die Angelegenheit wurde zunächst dem Geschäftsordnungsausschuß zur generellen Prüfung überwiesen, ob eine solche Zurücknahme eines Ausschlusses überhaupt möglich ist.

Luther über die Locarno-Richtlinien.

Berlin, 21. Nov. Der Reichskanzler empfing im Laufe des heutigen Vormittags die Parteiführer, um ihnen die Richtlinien vorzulegen, die das Kabinett den deutschen Delegierten mit auf den Weg nach Locarno gegeben hat. **Auf Grund dieser Einsichtnahme sollen die Fraktionsführer ihren Fraktionen dann versichern können, daß die Richtlinien in allen Punkten von den Delegierten mit vollem Erfolge eingehalten worden sind, mit Ausnahme der Saarfrage und der Frage der Luftfahrt.** Die Neuregelung der Bestimmungen über die Handelsluftfahrt sei in Locarno und auch im Rahmen der Rückwirkungen nicht gesichert worden. **Es seien aber über die Frage zurzeit Verhandlungen im Gange, bei denen Deutschland völlige Gleichberechtigung genießt, und die eine den deutschen Interessen entsprechende Neuregelung erwarten lassen.** Die Vorverlegung der Abstimmung im Saargebiete soll auf eigenen Wunsch des Saargebietes erst angestrebt werden, wenn die Frage der Räumungsfrist geregelt ist.

Der Rücktritt Frenkens unmittelbar bevorstehend.

Berlin, 21. Nov. Der Rücktritt des Reichsjustizministers Dr. Frenken steht nun doch unmittelbar bevor. **Als Gründe kommen Alter und Gesundheit nicht in Frage.** Minister Frenken hat von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß nach Erledigung der Locarno-Angelegenheit das Reichsministerium zurücktreten habe und daß er dann in das umzubildende Kabinett nicht eintreten will.

Der Umfall der Sozialisten.

Die Begründung der Zustimmung zu den Locarno-Vorlagen.

Berlin, 21. Nov. In der politischen Welt hat es nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen, daß die Sozialdemokratie, die noch vor wenigen Tagen mit voller Lungenkraft den Sturz des „Rechtskabinetts Luther" verlangte, in ihrer gestrigen Sitzung sich bereit erklärte, für die von diesem Rechtskabinett eingebrachten Locarno-Vorlagen zu stimmen. Der „Vorwärts" begründet diese schnelle Schwenkung folgendermaßen: Den Ausschlag hätte die Erwägung gegeben, daß sich die Dinge anders entwickelten, als vorauszusehen war. Gegen den Eintritt in den Völkerbund hätte die sozialdemokratische Fraktion nicht stimmen können, ohne ihre Haltung im Inlande und ganz besonders im Auslande den verhängnisvollsten Mißdeutungen auszusetzen. Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe die Sozialdemokratie unablässig gewirkt.

Den Eintritt in den Völkerbund habe auch die sozialistische Arbeiterinternationale auf das entschiedenste gefordert.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sei nach der Auffassung der englischen (!) Arbeiterpartei wichtiger als die ganzen Verträge von Locarno. Vor allem habe die englische Arbeiterpartei trotz ihres grundsätzlichen Festhaltens am Genfer Protokoll für die Verträge gestimmt, weil sie mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund untrennbar verbunden seien. Auch für die deutsche sozialdemokratische Fraktion sei es darauf angekommen, taktische **Pläne von mehr innerpolitischer Bedeutung hinter die Erfordernisse der internationalen sozialistischen Einheit zurückzustellen.**

Der Entschluß der sozialdemokratischen Fraktion sei durch die Erklärung der Regierung erleichtert worden, daß sie nach der Unterzeichnung in London ihre Demission geben werde. Die Sorge, daß die Deutschnationalen alsbald wieder in die Regierung zurückkehren könnten, erweise sich als gegenstandslos. Der Beschluß, der gestern gefaßt wurde, führe die sozialdemokratische Fraktion von taktischen Nebenfragen wieder auf die klare, grundsätzliche Linie ihrer Politik zurück.

Der preußische Abgeordnete Weyl gestorben.

Berlin, 21. Nov. Der frühere Berliner Stadtverordnetenvorsteher und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Hermann Weyl ist im Alter von 59 Jahren einem Herzleiden erlegen. Im Preußischen Landtage wird an seine Stelle die Abgeordnete Helene Schmitz treten.

Die beginnende Klärung der innerpolitischen Krise.

Das Wallot-Haus am Königsplatz in der Reichshauptstadt hat seine Pforten wieder geöffnet und nach einem kurzen parlamentarischen Vorpostengefecht werden sich am nächsten Montag die Volksboten zu einem diesmal besonders bedeutungsvollen Tun versammeln. Es gilt die Beratung und Entscheidung über die brennendste aller Tagesfragen, den Locarno-Pakt. Das Locarnoer Vertragswerk hat seinen Wogenschlag bis tief in unsere innere Politik vorgetrieben und die Regierung Luther ins Wanken gebracht. Aus der höheren Rücksicht auf das Allgemeinwohl war es sicherlich der einzig richtige Weg, den das Kabinett Luther einschlug, indem es nach dem Austritt der deutschnationalen Minister nicht zur Gesamtdemission schritt, sondern sich einstweilen zur Weiterführung der Geschäfte als Rumpfkabinett entschloß. Zuerst schien nach dieser Wendung die Frage der künftigen endgültigen Regierungsgestaltung den Ausblick auf ein Chaos zu eröffnen. Inzwischen aber haben sich die Nebel größtenteils verzogen und man kann wieder einigermaßen klare Uebersicht gewinnen. Dabei ergibt sich vor allem zweierlei als bemerkenswert: Es wird nicht zur Auflösung des Reichstages kommen und es wird keine Wiederkehr der ehemaligen Weimarer Koalition geben. Das bedeutet beides eine Dämpfung für den sozialdemokratischen Uebermut, der sich im Anfang der Krise recht aufdringlich hervorgewagt hatte. Die sozialdemokratische Presse pochte darauf, daß die Partei mit ihren 131 Stimmen im Reichstage zusammen mit den Deutschnationalen und den Kommunisten die Ablehnung des Locarno-Vertrages herbeiführen und dadurch die Auflösung und Neuwahlen erzwingen könne und werde. Pomphaft wurde verkündet, daß die Sozialdemokratische Partei „unter keinen Umständen" eine von der Rumpfregierung Luther eingebrachte Locarno-Vorlage annehmen werde, und der Vorstand der Reichstagsfraktion sowie später die Fraktion selbst machten sich diesen Standpunkt restlos zu eigen. In dieselbe Kerbe hieb auch Dr. Wirth auf dem Kasseler Parteitage des Zentrums, offenbar in der Ueberzeugung, daß seine sozialistischen Freunde bei ihrer förmlichen Erklärung stehen bleiben würden. Es kam aber anders. Die Sozialdemokratie, die nicht Worte genug der Zunge finden und nicht bissig genug schmälen kann, wenn sie glaubt, einem Andersdenkenden einmal Mangel an pupillarischer Sicherheit nachweisen zu können, ist selbst sehr weit von der Grundsatzfestigkeit entfernt, die sie nach außen hin vortäuschen möchte. Sie versteht es vortrefflich, den Mantel nach dem Winde zu hängen und sich als „Fraktion Drehscheibe" zu betätigen, wenn sie damit ihrem jeweiligen Partei-Interesse Vorschub leisten kann. Wegen der Neuwahlen, die anfänglich in polterndem Tone als einziger Weg zur Lösung der Krise gefordert wurden, ist man über Nacht im stillen sozialdemokratischen Parteikämmerlein doch recht bedenklich geworden, und flugs zeigt nun der sozialistische Januskopf sein zweites Gesicht: Von der großen Geste, mit der die Locarno-Vorlage Dr. Luthers zuerst zurückgewiesen wurde, ist keine Rede mehr. Man hat es sich reiflich anders überlegt und wird die Locarno-Speise schlucken, auch wenn der Koch Dr. Luther heißt.

Auch die Weimarer Koalition, die doch der Sozialdemokratie eine so schöne Gelegenheit zur Wiedererrichtung ihrer Vormachtstellung im Reiche geben würde, steht nicht zur Erörterung. Eigentlich müßte doch für die Linke die Aussicht verlockend sein, daß sie einmal wieder ganz unter sich sein und auf ihre Art regieren und wirtschaften könnte. Herr Dr. Marx könnte dann aufs neue als Reichskanzler auf der Bildfläche erscheinen und die Sozialdemokratie würde einen Herrn Severing möglichst ebenbürtigen Parteimann für das Reichsinnenministerium bereitstellen, in der Erwägung, daß dieses Ressort, so wie in Preußen, die eigentliche beherrschende Bastion bildet, von der aus die sozialdemokratischen Partei-Interessen am wirksamsten gefördert werden können. Einen derartigen Vorstoß riskiert man aber doch nicht, und in dem Umstand, daß der Linksradikalismus der heutigen öffentlichen Meinung Deutschlands eine solche völlig unverblümte Linksschwenkung überhaupt nicht mehr zuzumuten wagt, ist immerhin ein Fortschritt zu erblicken. Man ersieht daraus, daß die zielbewußte und ruhige Arbeit des Kabinetts Luther der Stärkung der Autorität gute Dienste geleistet hat. Die Parteien der Rechten werden auf der gleichen Linie auch unter